

Bestimmen Meinungsforschungsinstitute die Politik?

[von Dr. Ulrich Eith]



PD Dr. Ulrich Eith vertritt z. Z. eine Professur für Politikwissenschaft an der Uni Freiburg und unterrichtet am Studienhaus Wiesneck, Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V., Buchenbach.

Meinungsumfragen zu politischen Themen sind in der öffentlichen Diskussion allgegenwärtig. Im nahezu wöchentlichen Turnus präsentieren Nachrichten und Sondersendungen die beliebtesten Politiker, verweisen auf die wichtigsten politischen Themen und informieren über entsprechende Kompetenzwerte von Parteien und Spitzenpersonal. Hinzu kommt die so genannte Sonntagsfrage: „Was würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?“ Längst hat sich diese Frage als politisches Stimmungsbarometer für diejenigen Zeiten im Jahr etabliert, in denen keine tatsächlichen Wahlergebnisse vorliegen. Man mag sich dafür interessieren oder auch nicht, all dies gehört inzwischen ganz selbstverständlich zu unserer Informationskultur wie etwa die Ergebnisse der Fußballbundesliga, die Lottozahlen oder auch die Börsennotierungen.

Es bleibt allerdings die Frage, inwieweit diese Umfrageergebnisse die persönliche Meinungsbildung und etwa auch das Wählerverhalten beeinflussen. Leben wir in einer Demoskopiedemokratie? Bestimmen Meinungsforschungsinstitute mit ihren Umfragedaten die politischen Diskussionen und Willensbildungsprozesse? Zumindest von den Spitzenpolitikern ist bekannt, dass sie ihre wöchentlichen Beliebtheitswerte mit größtem Interesse zur Kenntnis nehmen. Bei vielen führen bereits kleinste Veränderungen zu Nervosität und verstärktem Aktivismus.

Alle Forschungsergebnisse zeigen, dass die Prozesse der politischen Meinungsbildung sehr vielschichtig verlaufen. So ist bereits die Chance, ob jemand politische Umfragedaten im Fernsehen oder in Zeitungen überhaupt zur Kenntnis nimmt, abhängig vom Ausmaß seines politischen Interesses. Und hierbei gilt im statistischen Mittel, dass das Interesse für Politik vor allem vom Bildungsgrad, vom sozialen Status und auch vom Alter abhängt. Je höher die Ressourcen Bildung, Geld und Zeit, desto höher ist im Allgemeinen auch das Interesse dieser Person für politische Themen.

Weiterhin sind die Wirkungen dieser Informationen abhängig vom jeweiligen sozialen Umfeld und den damit verbundenen [partei-]politischen Vorstellungen und Bindungen. Seit den frühen amerikanischen Wahlstudien der 1940er Jahre ist bekannt, dass Informationen aus den Massenmedien in erster Linie bereits vorhandene Meinungen bestärken und festigen. Widersprechen sie hingegen den existierenden Positionen, besteht die Tendenz, sie einfach auszublenden. Eine solch „selektive Wahrnehmung“ trifft

insbesondere auf knapp 70 Prozent der Westdeutschen und etwa 60 Prozent der Ostdeutschen zu, die nach wie vor ausgeprägte Parteibindungen aufweisen. Diese werden durch Wahlkämpfe regelmäßig aktiviert und steuern als Filter die Wahrnehmung und Bewertung politischer Informationen und Aktivitäten. Hinzu kommt, dass sich Parteibindungen vor allem bei Personen mit einem höheren Interesse für Politik finden. Wer sich also öfter und intensiver mit politischen Themen und entsprechenden Umfragen beschäftigt und auseinander setzt – so die doch eher ernüchternde Bilanz –, hat im Allgemeinen gefestigtere politische Ansichten. Und diese lassen sich durch widersprechende Umfragedaten nur schwer erschüttern.

Schließlich bilden sich politische Überzeugungen selten allein in der Auseinandersetzung mit den Massenmedien und den dort zu findenden Umfrageergebnissen heraus. Wichtig sind zudem Gespräche mit der Familie, dem Freundeskreis oder auch den Arbeitskollegen. In all diesen Bereichen finden sich so genannte Meinungsführer, deren politische Positionen und Urteile für ganze Netzwerke von großer Bedeutung sind.

Trägt somit das weitverbreitete Bild von der manipulativen Macht der Demoskopie und der Massenmedien? Zweierlei bleibt festzuhalten. Zum einen verstärken veröffentlichte Umfragedaten in erster Linie bereits vorhandene Ansichten. Zum anderen stellen Umfragedaten nur eine Informationsquelle neben anderen dar. Die direkten Auswirkungen von Meinungsumfragen sind allerdings umso größer, je geringer das politische Interesse und je ausgeprägter zugleich die Distanz zur Politik und zu den politischen Parteien ist. So besteht durchaus die Gefahr, dass politische Populisten aktuellen Unmut gezielt anheizen und mit Hilfe von Umfrageergebnissen, verbreiteten Vorurteilen und Stammtischparolen zu Proteststimmungen verstärken. Kurzfristig lässt sich auf diese Weise Unterstützung mobilisieren, zumeist allerdings von politisch eher geringer interessierten Bevölkerungsgruppen.

Längerfristiges Vertrauen in Parteien und Politiker hingegen kann nur durch eine konsequente und verlässliche Politik der Interessenvertretung, das langsame Bohren dicker Bretter (Max Weber), gewonnen und erhalten werden. Aus dieser Perspektive betrachtet sind Meinungsumfragen sinnvolle und wichtige Frühwarnsysteme für die Stabilität einer Demokratie.